G. STEIMER
Werkzeuge & Chem.-Techn. Produkte
Der Profi für den Profi
Inhaber Stephan Iten
Kyburgstrasse 27 Tel. +41 (0)44 273 44 00
CH – 8037 Zürich Fax +41 (0)44 273 44 01
www.gsteimer.ch E-Mail: info@gsteimer.ch

Freitag, 5. April 2019 | Nr. 14 | 61. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

JETZT MIT HERZBLUT UND VOLLER KRAFT FÜR DIE SCHWEIZ KÄMPFEN

SVP: Die einzige Partei, die noch zur Schweiz steht

Es ist das Verdienst der SVP, dass wir heute nicht in der EU sind; dass wir im Vergleich zu anderen Staaten immer noch relativ tiefe Steuern und eine relativ tiefe Regelungsdichte und einen relativ freien Arbeitsmarkt haben; dass die Scheininvalidität in diesem Land überhaupt je thematisiert wurde und Versicherungsdetektive beim Volk Erfolg hatten; dass die ausufernde Sozialhilfe thematisiert wird und im Kanton Bern demnächst darüber abgestimmt wird; dass die AHV nicht ausgebaut wurde, sondern die finanzielle Sicherung im Mittelpunkt steht; oder dass Benzin nicht wie von den Links-Grünen gefordert um weitere 20 bis 30 Rappen verteuert wird.

Albert Rösti
Nationalrat SVP
Präsident
SVP Schweiz

Diese für die Wirtschaft guten Rahmenbedingungen verantwortet die SVP als grösste Partei des Landes sehr direkt.

Viele dieser Themen wären ohne SVP gar nie aufs politische Tapet gekommen. Das Resultat ist ein für die Schweiz nie dagewesener Wohlstand. Keine Generation konnte sich mehr leisten, lebte gesünder oder länger in einer wunderbar intakten Umwelt, wie wir das heute tun dürfen.

Opfer des eigenen Erfolges

Leider wurde die SVP in den letzten Wochen Opfer ihres eigenen Erfolges. Während die Grünen unterstützt von einem weltweiten und medial ausgeschlachteten Trend massiv mehr Wähler an die Urne zu locken vermochten, ist es uns nicht gelungen, unsere Basis genügend zu aktivieren. Vielleicht denkt diese: «Es geht uns ja gut, da kann ich mir die Mühe des Wählens ersparen.» Oder viele sind auch einfach frustriert und sagen «Die in Bern machen ja eh was sie wollen. Kriminelle dürfen trotz Volksverdikt in der Schweiz bleiben, die masslose Zuwanderung geht weiter.»

Die grösste Gefahr für die Schweiz ist das institutionelle Abkommen mit der EU. Der vorliegende Entwurf beinhaltet die automatische Übernahme von EU-Recht, fremde Richter und Strafmassnahmen bei einem Nichtgehorchen der Schweiz.

Wenn der Bundesrat dazu ja sagt, sind wir nicht mehr weit von einem EU-Beitritt entfernt. Wir werden inhaltlich vertieft auf das Rahmenabkommen eingehen und klar aufzeigen, weshalb der Bundesrat der EU ein für allemal klar machen muss, dass die Schweiz einen solchen Unterwerfungsvertrag niemals unterschreiben wird.

Die einzige Partei …

Dies sagt inzwischen allerdings nur noch die SVP. Wir sind die einzige Partei, die diesen unsäglichen Rahmenvertrag bekämpft. Die FDP hat die Schweiz bereits für ein Butterbrot verkauft. Einst lehnte die FDP im Positionspapier «Bilateralen Weg sichern und weiterentwickeln – Rote Linien und Forderungen der FDP» beispielsweise die automatische Übernahme von EU-Recht noch ab. Ebenso die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie oder eine automatische Kündigung der bilateralen Verträge bei fehlender politischer Einigung der Parteien, beziehungsweise bei «einer Nichtumsetzung einer Interpretation des Europäischen Gerichtshofes». Das Abkommen, zu dem die FDP nun ja sagt, überschreitet alle diese roten Linien.

Letzte Woche ist auch die SP eingeknickt. In der aussenpolitischen Kommission stimmten die SP-Vertreter für eine Unterzeichnung des Rahmenvertrages, obwohl ihre rote Linie, die Lohnschutzmassnahmen, in keiner Art gesichert sind. Die Arbeitgeber werden die Zustimmung der SP zum Rahmenvertrag mit einem Zückerchen bei mehr Ferien, bessere Allgemeinverbindlichkeit, Lohnschutz und Kündigungsschutz erkaufen. Bis zu den Wahlen wird aber wohl noch zugewartet.

Am kritischsten äusserte sich bisher noch der Präsident der CVP. In Anbetracht des Eifers mit dem sich seine Parteilkollegin Elisabeth Schneiter Schneider als Präsidentin der aussenpolitischen Kommission für die Unterzeichnung des Vertrags stark macht, kommt das Ja der CVP zum Rahmenabkommen so sicher wie das Amen in der Kirche, aber selbstverständlich nach den eidgenössischen Wahlen.

Wenn wir jetzt nicht aufwachen, es uns nicht gelingt, das Ruder für den kommenden Herbst herumzureissen, werden all die eingangs genannten Faktoren ins Negative gedreht. Denn auch wenn es uns Schweizerinnen und Schweizern heute gut geht, am Horizont ziehen dunkle Wolken auf.

Die 10-Millionen-Schweiz

Bei der Zuwanderung sieht es nicht minder dramatisch aus. Alle anderen Parteien und die Medien reden die Asyl- und Migrationsfrage klein. Es wird verschwiegen, dass sich aktuell 123 000 Personen im Asylbereich befinden, wovon 90 Prozent von der Sozialhilfe abhängig sind. Da kommen Kosten auf die Kantone und Gemeinden zu, die in die Milliarden gehen. Verschwiegen wird auch, dass in den letzten 12 Jahren über 1 Million Menschen in unser Land eingewandert sind und wir unaufhaltsam auf eine 10-Millionen-Schweiz zusteuern. Da sind die Initiativen der Grünen, die sich angeblich für die Natur einsetzen, aber gleichzeitig diese masslose Zuwanderung zulassen, schlicht ein Hohn.

- Wer, wenn nicht die SVP, wird sich in Zukunft für die Werte unserer Heimat, Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Sicherheit, Souveränität und Föderalismus einsetzen?
- Wer, wenn nicht die SVP, wird sich mit aller Konsequenz auch nach den Wahlen gegen einen EU-Rahmenvertrag einsetzen?
- Wer, wenn nicht die SVP, betreibt mit ihren Mitgliedern, den Bauern und KMUs, die eigenverantwortlich und oft auch bescheiden leben, und für die hiesige Kreislaufwirtschaft sorgen, eine echte Politik zugunsten der Umwelt?
- Wer, wenn nicht die SVP, kämpft gegen die Abzocke des Mittelstandes?
- Wer, wenn nicht die SVP, wird in der nächsten Legislatur dafür sorgen, dass wir frei und sicher bleiben?

Ich bin bereit, hier mit voller Kraft und hundertprozentigem Engagement motiviert vorauszugehen. Helfen Sie mit, setzen Sie sich mit Herzblut für diese Werte ein, dafür dass die Schweiz Schweiz bleibt – für die junge Generation! So können und werden wir die Wahlen im Herbst für die Schweiz gewinnen.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 19. Mai 2019

Eidgenössische Vorlagen

1. Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)	JA
2. Bundesbeschluss vom 28. September 2018 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	NEIN

Frei und sicher.
Ich will's. Ich wähl's.
SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Veneta Cucine
Lust auf eine neue Küche?

Funktionales italienisches Design – 100% made in Italy
Exklusiv vertreten durch:
Alu Limmat AG
www.alulimmat.ch
Tel: +41 55 505 38 76
widmer@alulimmat.ch

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!
Dietikon HörCenter
Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30
Jetzt anmelden für Gratis-Hörtest
Neuste Hörgeräte
Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

Liebe Leserinnen und Leser
Wissen Ihre Geschäftsfreunde und -partner, dass sie hier für nur 320 Franken beste Werbung für Ihre Produkte und Dienstleistungen machen können?
Danke, dass Sie ihnen diese Möglichkeit empfehlen.
Ihr Zürcher Bote

Inserate «Der Zürcher Bote»:
Marco Calzimiglia
ZBV, Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Telefon 044 217 77 39
inserate@zuercher-bote.ch

SCHREINEREI Gebrüder Küttel

Ihr Partner rund um den Innenausbau
Gebrüder Küttel AG
8627 Grüningen
www.schreinerei-kuettel.ch
Tel: 043 833 99 70
info@schreinerei-kuettel.ch

Christoph Mörgeli

Der sichere Weg nach unten

Die Universität Zürich liegt im internationalen Vergleich auf Platz 90 der Hochschulen. In der obersten Liga spielt hingegen noch immer die ETH Zürich mit Rang 11. Doch auch die ETH tut alles, um nach unten abzusacken. Zum Beispiel indem eine fordernde Professorin von ihren zartbesaiteten Doktoranden rausgemobbt wird. Oder indem die ETH mit Weltnummer 11 einen Professor beruft, der die Universitäten von Genf (Nummer 135), Wien (Nummer 143) und die FU Berlin (Nummer 104) absolviert hat.

Ein solches Beispiel ist der Vorsteher des Departements Architektur, Philip Ursprung. Der oberste Hüter über die Architektenausbildung an der ETH hat in seinem Leben noch nie ein Haus entworfen. Geschweige denn eines gebaut. Denn Philip Ursprung hat Kunstgeschichte, Geschichte und Deutsch studiert. Er bekannte sich öffentlich zur Zersiedelungsinitiative, die den künftigen Schweizer Architekten die berufliche Zukunft genommen hätte. Hauptsache, der geisteswissenschaftliche Pseudoarchitekt hat seine Staatsstelle mit einer Viertelmillion Steuergeld.

Nachdem Professoren seines Departements der sexuellen Belästigung von Studentinnen beschuldigt worden waren, schwurbelte Ursprung in der NZZ von einer «emanzipatorischen Bewegung» gegen «Machtstrukturen und Autoritäten». Man wolle jetzt «Verhaltensregeln» einführen: etwa die, «dass Studierende sagen können, wenn ihnen eine Kritik zu persönlich ist». Auch veranstalte man eine «internationale Tagung zum Thema Architektur und Gender». Ursprung sagte auch: «Das Persönliche und das Politische kann man nicht trennen.» Tatsächlich mischte sich der Gegner aller Machtstrukturen lustvoll in eine Politintrige von links, die 2013 den damaligen Zürcher Universitätsrektor aus dem Amt fegte.

«Die Schweiz ist eine patriarchale Gesellschaft mit autoritären Strukturen. Und die Hochschulen sind Teil davon.» So dozierte Ursprung weiter. Die «emanzipatorische Dynamik» sei nötig, «gerade in einem Land wie der Schweiz, wo wir ja keine 68er-Bewegung, keine Hochschulrevolution hatten». Wie bitte? Allein die Tatsache, dass heutzutage solch philosophierende linke Gspürschmi-Professoren an der ETH Architektur lehren, belegt: Die Hochschulrevolution und die 68er-Bewegung existieren so real wie die klägliche Rhetorik ihres Vertreters Philip Ursprung.

NEIN ZUM SCHLEICHENDEN EU-BEITRITT

Wie Grosskonzerne die Schweiz verraten

Einmal mehr vernehmen wir die warnenden, ja drohenden Stimmen unserer Grosskonzerne und der meisten Wirtschaftsverbände: Wenn wir dem Rahmenabkommen mit der EU nicht zustimmen, dann herrschen Niedergang, Chaos, Rechtsunsicherheit!

Thomas Matter
Nationalrat SVP
Meilen

Haben wir das nicht schon einmal vernommen? 1992, bei der Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Doch was geschah nach dem Nein von Volk und Ständen? Der Schweizer Wirtschaft ging es wesentlich besser als derjenigen der EU. Siebenhunderttausend Menschen sind seither alleine aus der EU in die angeblich so isolierte, abgeschottete Schweiz geströmt, um hier Arbeit und ein besseres Leben zu finden. Darunter nicht wenige Manager, die heute an der Spitze von Schweizer Weltkonzernen stehen. Genau diese Manager profitieren davon, dass unsere Unternehmen so gut dastehen und dass sie sich mit Millionensalären aus der Firmenkasse bedienen dürfen.

Wohlstand und Erwerbslosigkeit

Mir hat unlängst der oberste Manager eines Schweizer Weltkonzerns gesagt: «Na, wissen Sie, Herr Matter, der Schweiz geht es wirtschaftlich nur so gut wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU.» Da habe ich ihm mit meinem Baselbieter Hochdeutsch geantwortet: «Sie sind aber schon viele Jahre vor der Personenfreizügigkeit in die Schweiz gekommen. Und ich bin erstaunt, dass Sie sich nicht erinnern, warum Sie damals gekommen sind. Nämlich weil wir schon damals europa-, ja weltweit den höchsten Wohlstand und die tiefste Erwerbslosigkeit hatten.»

Manche dieser Spitzenmanager haben sich inzwischen einbürgern lassen und sagen mir: «Mensch, Herr Matter, die Schweiz ist schon ein geniales Land. Ich bin der grösste Fan der direkten Demokratie, des Föderalismus und des liberalen Arbeitsmarkts.» Heute sind es aber genau diese Führungskräfte, die uns sagen, wir müssten unbedingt für den EU-Unterwerfungsvertrag stimmen. Dass dieser Vertrag all das zerstören würde, was die Manager eben erst noch gelobt haben, merken sie offenbar gar nicht.

Wenn man jedoch genau hinschaut, sind diese Konzernverantwortlichen wohl gar keine Fans des Schweizer Staatsmodells. In Wirklichkeit interessieren sie sich nur ihre nächsten Quartalszahlen, ihre Lohnvereinbarung, ihren Bonus.

Die Schweiz ist ihnen egal

Vielen zugewanderten Chefs, aber auch gewissen Schweizer Kollegen, ist die Schweiz egal. Diese Manager merken gar nicht, dass ihre Unternehmen, dass unsere Wirtschaft ohne unsere Staatssäulen Souveränität, Mitspracherecht der Bürger, Neutralität und Föderalismus von Kantonen und Gemeinden niemals dort stehen würden, wo sie heute stehen. Diese Konzerne verdanken ihre Weltstellung weniger der grossartigen Leistung des Topmanagements, sondern vielmehr der grossartigen Leistung unserer Vorfahren, die für unseren weltweit einzigartigen politischen Sonderfall gekämpft haben. Zäh haben unsere Vorfahren Schritt für Schritt den heutigen Wohlstand aufgebaut, haben die Landwirtschaft, das Gewerbe, die Industrie, die Banken und Versicherungen, die unzähligen KMU und einige Grossfirmen mit Weltruf aufgebaut. Und ihr Blick ging immer über den Rechenschieber hinaus.

Stabile Staatsform

Früher hätte man die Unabhängigkeit nicht preisgegeben, um ein paar Milchdosen, Pillen oder Dampfturbinen mehr zu verkaufen. Man hätte keine fremden Richter akzeptiert wegen ein paar Bankkonti. Man hätte unsere stabile Staatsform nicht für einen torkelnden EU-Kommissionspräsidenten geopfert!

Man wird den Verdacht nicht los, dass unsere Grosskonzerne für die EU-Regulierungen sind, weil sie wissen, dass die KMUs und Gewerbebetriebe diese Regulierungsflut nicht mehr bewältigen können und damit geschwächt werden.

Bürgererpressung

Ich bin sicher, dass all jene Manager, die sich in den letzten Monaten so energisch für den EU-Rahmenvertrag ausgesprochen haben, diesen im Detail gar nicht kennen. Dennoch behaupten sie, ihre Firmen müssten bei einem Nein Tausende von Arbeitsplätzen ins Ausland verlegen und auf Hunderte von Millionen an Umsatz verzichten. So versuchen sie, die Bürger zu erpressen! Ein früherer Präsident eines Schweizer Grossunternehmens hat in kleinem Kreis gesagt, dass es zu seiner Zeit nicht in Frage gekommen wäre, sich als börsenkotierte Firma dermassen in die Politik einzumischen, wie das heute geschieht. Es war übrigens ein Schweizer Verwaltungsratspräsident! Gerne lade ich die Konzernmanager ein, sich einmal die Wirtschaftsentwicklung aus volkswirtschaftlicher Optik anzuschauen.

Tatsache ist: Seit Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU hat das Produktivitätswachstum pro Kopf stark abgenommen; wir stehen vor Italien europaweit an zweitletzter Stelle. Seit der vollen Personenfreizügigkeit hat das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum stagniert. Unsere Erwerbslosenquote ist mittlerweile höher als in Deutschland. Und die Erwerbslosigkeit ist entscheidend, nicht der Arbeitslosenanteil, der die Ausgesteuerten oder die entlassenen über 50-Jährigen nicht mitzählt, die zu stolz sind, stempeln zu gehen. Ich möchte Herrn Bundesrat Parmelin, künftig statt der Arbeitslosenzahlen die realistischen, international vergleichbaren Erwerbslosenzahlen bei den Statistiken in den Vordergrund zu stellen.

Bonusgetriebene Manager

Wir dürfen beim Rahmenabkommen nicht auf die bonusgetriebenen Konzernmanager hören. Denn sie sind die ersten, die wie Heuschrecken unsere Firmen und unser Land wieder verlassen, sobald die Rahmenbedingungen durch ihre verfehlten Abstimmungsempfehlungen schlechter werden. Die einfachen Bürgerinnen und Bürger aber müssen hierbleiben und die Suppe auslöffeln. Darum müssen wir dafür sorgen, dass wir unsere Gesetze weiterhin selber machen! Nur dann bleibt die Schweiz lebenswert!

EIN BLICK AUF DIE BESTEUERUNG

Für Fiskus oder Menschen?

Die Frage nach der gerechten Besteuerung ist eine der ältesten in der Geschichte der Menschheit. Niemand bezahlt gerne Steuern. Und doch ist es einleuchtend, dass der Staat auf Einnahmen angewiesen ist. Wir sind bereit, Steuern zu bezahlen, weil wir davon ausgehen, dass das Geld so verwendet wird, dass wir alle als Gemeinschaft davon profitieren.

Claudio Zanetti
Nationalrat SVP
Gossau

Der Staat soll uns Sicherheit garantieren, indem er uns vor Angriffen von aussen schützt, aber auch indem er ein funktionierendes Rechtssystem unterhält und Verstösse gegen die Regeln verfolgt und bestraft. Weiter sorgt der Staat für Schulen, Spitäler, Strassen und eine leistungsfähige Infrastruktur. Lauter Dinge, die uns allen zu Gute kommen.

So wenig wie möglich?

Nun hat allerdings jeder Staatsapparat die Tendenz, mehr an Steuern einzunehmen, als er zur Erfüllung seiner Aufgaben wirklich braucht. Der Fiskus, also der Staatsapparat als Eigentümer des Staatsvermögens möchte möglichst viel einnehmen, während die Steuerpflichtigen, also die Bewohnerinnen und Bewohner eines Landes, möchten möglichst wenig bezahlen. Es geht also darum, zu bestimmen, wo der Punkt zwischen «so wenig, wie möglich» und «so viel wie nötig» liegt. Und dann wäre dann noch die Frage zu klären, wer das bestimmt.

Die Art und die Höhe der Steuern eines Landes sagt viel aus über einen Staat. Und einmal mehr beschritt die Schweiz einen Sonderweg: Unsere Verfassungsväter erkannten und anerkannten die Bürgerinnen und Bürger als urteilsfähige und mündige Wesen, die sehr wohl zu einer vernünftigen Güterabwägung fähig sind. Dass an der Gemeindeversammlung über die Höhe der Steuern bestimmt wird, ist in unserem Land der Normalfall, und noch nie ging eine Gemeinde Bankrott, weil die Bürger knauserig waren. Wenn es zu finanziellen Problemen kommt, ist das immer auf Fehlverhalten oder Versagen der Behörden zurückzuführen.

Wirksamer Schutz

Einen besonders wirksamen Schutz vor übermässiger Besteuerung bietet zunächst einmal der Steuerwettbewerb. Er zwingt die Gemeinwesen zu einem haushälterischen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.

Die Schweiz geht aber noch weiter: Damit die Politikerinnen und Politiker sich nicht einfach selbst bedienen und die Steuern nach Belieben erhöhen, sind die Steuersätze in der Bundesverfassung festgeschrieben. Das bedeutet, dass sie nur geändert werden können, wenn Volk und Stände dem zustimmen.

Fundamentale Unterschiede

Genau den entgegengesetzten Weg hat man in der EU eingeschlagen: Dort schützt man nicht den Bürger vor Ausplünderung, sondern die Politiker vor leeren Kassen. So wurde, um den Steuerwettbewerb auszuschalten, beispielsweise ein Mindestsatz für die Mehrwertsteuer festgelegt.

Diese war übrigens als erste Steuer Gegenstand von Harmonisierungen. Seit 1991 muss jeder Mitgliedstaat der EU eine Mehrwertsteuer von mindestens 15 Prozent erheben. Nun raten Sie mal, wie viele Länder sich wohl mit diesen 15 Prozent begnügen. – Richtig! Kein einziges! Lediglich das kleine Luxemburg begnügt sich mit 17 Prozent. Es folgen das ebenfalls kleine Malta mit 18 Prozent sowie Deutschland und Rumänien mit 19 Prozent. Am Schluss der Rangliste finden sich Kroatien, Schweden und Ungarn mit 25, bzw. 27 Prozent. Sie sehen: Die Staatskonzepte der EU und der Schweiz unterscheiden sich fundamental. Allein schon die Frage der Besteuerung, macht klar, was wir verlieren würden, sollten wir eines Tages tatsächlich beitreten.

Sämtliche Sendungen «Zac Factor» auf «Star-TV» von und mit Claudio Zanetti sind auf http://www.startv.ch/zac abrufbar.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SVP SCHWEIZ

Einstimmig gegen den Unterwerfungsvertrag der EU

Die Delegierten der SVP Schweiz haben am vergangenen Samstag in Amriswil (TG) einstimmig einen Forderungskatalog zuhanden des Bunderates gegen den Unterwerfungsvertrag mit der EU verabschiedet. Ebenso klar lehnen sie die EU-Waffenrichtlinie ab und beschliessen mit grosser Mehrheit Stimmfreigabe beim Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF).

Am letzten Samstag haben sich insgesamt 550 SVP-Delegierte und Gäste in Amriswil (TG) zur Parteiversammlung getroffen. Dabei haben sie sich gegen den Vasallenvertrag mit der EU ausgesprochen, der die direkte Demokratie aushöhlt, die schweizerische Unabhängigkeit, die Neutralität und den Föderalismus missachtet sowie die Schweizer Wohlfahrt gefährdet. Die Delegierten verabschiedeten einstimmig zuhanden des Bundesrates 13 Forderungen. Dazu gehört auch die Forderung, der Bundesrat solle zur Stärkung des Werkplatzes Schweiz ein Programm für weniger Bürokratie, tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren vorlegen.

Nein zur EU-Waffenrichtlinie

Weiter fassten die Delegierten die Parolen für die Abstimmung vom 19. Mai. Sie folgten bei beiden Vorlagen nach ausführlicher Diskussion der Empfehlung des Parteivorstandes: Bei der EU-Waffenrichtlinie fassten die Delegierten mit 375 Stimmen bei einer Enthaltung die Nein-Parole. Beim Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Sanierung (STAF) beschlossen sie mit 289 zu 60 Stimmen bei einer Enthaltung Stimmfreigabe.

AUS DEM KANTONSRAT

Kantonsrat sagt Ja zur kantonalen Steuerreform

Der Kantonsrat stimmte erfreulicherweise und ganz klar mit 151 zu 53 der von Finanzdirektor Ernst Stocker vorgelegten kantonalen Umsetzung der STAF zu. Die von rot/grün eingebrachten Einwände sind fremd der Realität und konnten gekontert werden.

Marcel Suter
Kantonsrat SVP
Thalwil

Selbstverständlich stand die SVP weiterhin zum fairen und ausgewogenen Kompromiss, den die Regierung, die Städte und Gemeinden sowie die Kirchen miteinander ausgehandelt haben. Erstaunlich war die Tatsache, dass die SP, die Grünen und die ganz linke AL die zweite Lesung dazu missbrauchten, unwahre Rundumschläge und Aussagen gegen die bürgerlichen Parteien und den Regierungsrat und indirekt gegenüber Ihren eigenen Exekutivmitgliedern in den Städten Zürich und Winterthur vorzubringen.

Es ist ein Kompromiss

Es wurden Aussagen gemacht bspw. von der SP, dass diese gegen die Vorlage ist, weil keinerlei Kompromisse gemacht wurden seitens der bürgerlichen Parteien. Die sich im Wahlsiegrausch befindenden links/grünen Parteien haben es leider bis am Schluss nicht verstanden: es ist eine Tatsache, die SVP hätte in verschiedenen Bereichen noch grössere Steuererleichterungen fordern können, eine Vorlage statt zwei usw. verzichtete aber bewusst darauf, um den ausgehandelten Kompromiss von Regierungsrat Ernst Stocker von Anfang an nicht zu gefährden. Es ist daher völlig falsch von einem fehlenden Kompromiss zu reden seitens der Ratslinken. Nein dieser wurden gefunden und wird jetzt dem Stimmvolk auch so vorgelegt. Es war schlichtweg ein schlechter 1. Aprilscherz, wenn der Fraktionspräsident der SP von der gesamten SP sprach, die Stadträte der SP bspw. aus der Stadt Zürich und Winterthur, und auch die SP Regierungsräte stehen voll und ganz hinter der Vorlage – zusammen mit den bürgerlichen Parteien inkl. GLP und EVP. Oder ist das Hinweis darauf das noch bald weitere pragmatische Exekutiv SP-Mitglieder zu den Grünliberalen wechseln?

Ein spannender Abstimmungskampf steht bevor

Den Vogel abgeschossen hat der Sprecher der AL, der sogar noch den Bogen von den Boni der Grossbanken zu dieser Steuervorlage getroffen hat.

Dabei handelt es sich bei den Grossbanken um private Unternehmen wo schlussendlich die Aktionäre zuständig sind für die Boni der Geschäftsleitung.

Diese Tatsache machte ich in meinem Votum klar, zusätzlich dass weder ich persönlich noch die SVP diese extravagant hohen Boni gut finden! Aber diese haben explizit keinen Zusammenhang mit der kantonalen Steuervorlage und diese kommt auch nicht nur den Grossbanken zu Gute, sondern allen kleinen und grossen Firmen im Kanton Zürich.

Fazit bleibt: Falls die Bundesvorlage STAF in der Referendumsabstimmung vom Volk gutgeheissen wird im Mai und in Kraft tritt, wird es ein sehr spannender Abstimmungskampf im Herbst 2019 um die kantonale Umsetzung der Steuervorlage.

Ich persönlich freue mich darauf und die gesamte SVP Fraktion wird unseren Finanzvorstand Ernst Stocker zu 100 Prozent und tatkräftig im Abstimmungskampf unterstützen!

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Die Privatwirtschaft macht's vor – Brückentage erarbeiten statt schenken

André Bender
Kantonsrat SVP
Gemeindepräsident
Oberengstringen

Vorab: Die SVP schätzt die Arbeit der rund 38 000 kantonalen Angestellten sehr wohl und dankt ihnen an dieser Stelle für ihren Tag täglichen Einsatz zum Wohle der Zürcher Bevölkerung.

Im Juni 2017 hat die SVP im Kantonsrat in Zusammenarbeit mit der CVP und der EDU ein Postulat an den Regierungsrat eingereicht. Um was geht es bei diesem Postulat? Es geht um den Verzicht auf die Schenkung von 2 Arbeitstagen bzw. 16:48 Stunden (bei einem Beschäftigungsumfang von 100%) an das kantonale Personal. Denn diese zwei geschenkten Tage kosten rund 32 Millionen Franken im Jahr und werden von den Steuerzahlenden im Kanton Zürich berappt.

Der Regierungsrat hat unser Postulat an seiner Sitzung vom 4. Oktober 2017 beraten und beantragte dem Kantonsrat, dieses nicht zu überweisen. An der Kantonsratssitzung vom 1. April 2019 wurde nun die Überweisung des Postulates beraten und darüber abgestimmt.

Die beiden geschenkten Tage haben Vorbildcharakter und werden unterdessen von über 100 Gemeinden im Kanton Zürich übernommen, welche diesem in dieser Sache folgen. Auch für diese Aufwände wird der Steuerzahler zur Kasse geben.

Die Kantonsratsfraktion der SVP war sich sehr wohl bewusst, dass von den Angestelltenverbänden das Thema «die fehlende fünfte Ferienwoche» ins Feld geführt wird. Wir von der SVP stellen uns gerne dieser Diskussion.

Der Kanton Zürich als Arbeitgeber ist sehr attraktiv und auch wegen seinen Anstellungsbedingungen sehr beliebt, werden doch auch die freien Stellen relativ schnell besetzt. Ein Verhinderungsgrund stellen die 4 Wochen Ferien also nicht dar. Der Kanton Zürich bietet als attraktiver Arbeitgeber den Angestellten andere Möglichkeiten an, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leben, sei dies über Teilzeitanstellungen oder Gleitzeit wie auch Jahresarbeitszeiten. Über alle 38 162 kantonalen Angestellten liegt der durchschnittliche Jahreslohn bei 112 171.50 Franken und dies ist kein Aprilscherz.

Über 99 Prozent der Betriebe im Kanton Zürich sind KMU – kleine und mittlere Unternehmen, die für attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze sorgen und damit unseren Wohlstand sichern. 75 Prozent, über 754 000 der Zürcher Arbeitnehmenden sind in KMU angestellt. Natürlich haben diese meisten Angestellten dieser KMU-Unternehmen 5 Wochen Ferien, aber sie haben sicherlich nicht die gleichen komfortablen Anstellungsbedingungen wie die Kantonalen Angestellten, geschweige denn ein solches Lohnniveau.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer setzen sich tagtäglich dem Wettbewerb aus, nehmen hohe Risiken auf sich und brauchen ein Höchstmass an Flexibilität und Innovationskraft, um ihren Betrieb auf Kurs zu halten. Ohne die Kleinen geht nichts.

Die Privatwirtschaft wird mit dieser Regelung doppelt benachteiligt. Sie müssen, um im Markt konkurrenzfähig zu bleiben, die Anerkennungskultur auf das nötige Minimum beschränken und bezahlen mit ihren Steuern die attraktiven Anstellungsbedingungen der kantonalen Angestellten. Auch als die BVK in eine Unterdeckung fiel, mussten neben den Angestellten auch die Steuerzahler die Beiträge über Zuschüsse ausgleichen. Gerne würde die Privatwirtschaft auch über eine solche Rückendeckung verfügen.

Leider wurde die Überweisung des Postulates an den Regierungsrat mit 90 Nein zu 65 Ja und 15 Enthaltungen (GLP) abgelehnt. Auffallend dabei war, dass die FDP als Wirtschaftspartei dieses Postulat nicht unterstützte. Dies war ein Rückenschuss gegen alle KMU und ihre Angestellten.

KANTONALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 2. APRIL 2019 IN ZÜRICH

Roger Köppel als Ständerat nominiert

Das World Trade Center in Zürich war anlässlich der kantonalen Delegiertenversammlung der Zürcher SVP bis auf den letzten Platz gefüllt. 344 stimmberechtigte Delegierte sowie zahlreiche Gäste und Medienschaffende folgten der Einladung zu einer politisch richtungsweisenden Versammlung.

rs. Die Delegiertenversammlung wurde durch Nationalrat Mauro Tuena eröffnet. Der Präsident der SVP der Stadt Zürich verwies in seiner Begrüssungsansprache auf die schwierigen Rahmenbedingungen, mit welchen die Stadtpartei in einem ideologisch geprägten, tief rot-grünen Umfeld zu kämpfen hat.

Meinungskartell aufbrechen

Im Mittelpunkt der Delegiertenversammlung stand die Nomination für die Ständeratswahlen im Herbst 2019. Der Kantonalvorstand empfahl der Delegiertenversammlung, Nationalrat Roger Köppel zu nominieren. Dieser legte in einer bedeutsamen Rede seine Motivation für die Kandidatur dar. Der bürgerliche Kanton Zürich wird heute durch zwei Ständeräte vertreten, die den EU-Beitritt anstreben und kopflos auf die Welle der künstlich geschürten Klimahysterie aufspringen. Es gilt in den Wahlen, dieses Meinungskartell aufzubrechen und der Bevölkerung die Möglichkeit zu eröffnen, eine Standesvertretung zu wählen, welche die Zürcher Interessen in Bern wieder repräsentativ vertritt. Praktisch einstimmig nominierte die Delegiertenversammlung in der Folge Roger Köppel als Kandidat für die Ständeratswahlen.

Für Freiheit und Sicherheit

An der Volksabstimmung vom 19. Mai 2019 haben die Stimmbürger über zwei eidgenössische Vorlagen zu entscheiden. Zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) empfahl Bundespräsident Ueli Maurer die JA-Parole. Die Vorlage ist für den Kanton Zürich eminent wichtig, um die Standortattraktivität zu erhalten und im Steuerwettbewerb mit anderen Kantonen zu bestehen. In einer Gegenrede stellte Camille Lothe die Gründe dar, weshalb sich die JSVP beim Referendum engagierte. Die Vorlage verstösst gegen den Grundsatz der Einheit der Materie und verschiebt die Probleme der Altersvorsorge bloss für einige wenige Jahre weiter in die Zukunft. Nach eingehender Diskussion entschied die Delegiertenversammlung mit 250 JA- zu 70 NEIN-Stimmen bei 24 Enthaltungen, die STAF-Vorlage zu unterstützen.

Keine Diskussion hingegen gab es anlässlich der NEIN-Parole zur EU-Waffenrichtlinie. Nationalrat Claudio Zanetti legte den Delegierten die Gründe dar. Ohne jeglichen Handlungsbedarf – lediglich aufgrund völlig haltloser Befürchtungen über einen Schengen-Rauswurf – wird von den Schweizerinnen und Schweizern verlangt, dass sie das Fundament ihrer freien Gesellschaft opfern sollen. Mit der EU-Waffenrichtlinie missachtet Brüssel elementare Grundsätze rechtsstaatlicher Gesetzgebung. Die SVP wird diese EU-Diktat gegen die Freiheit und Sicherheit unseres Landes mit aller Kraft bekämpfen.

Mehr als 400 Delegierte und Gäste nahmen an der Versammlung teil.

Simone Akermann gratuliert Patrick Walder zur Wahl.

Roger Köppel bei seiner fulminanten Ständerats-Bewerbungsrede.

Bundespräsident Ueli Maurer warb für die Steuerreform.

Patrick Walder als Interims-Präsident gewählt

Der Kantonalvorstand hatte eine Arbeitsgruppe zur Reorganisation der Parteileitung einberufen. Die Arbeitsgruppe schlug der Delegiertenversammlung vor, bis Ende Jahr eine Interims-Parteileitung einzusetzen, um den alles entscheidenden Nationalrats- und Ständeratswahlkampf zu führen.

Das Interims-Präsidium übernimmt Patrick Walder. Die weiteren Mitglieder des Büros der Parteileitung sind alt Nationalrat Toni Bortoluzzi (1. Vizepräsident), Kantonsrätin Elisabeth Pflugshaupt (2. Vizepräsidentin), Kantonsrat Orlando Wyss (3. Vizepräsident), Roger Liebi (Quästor), Kantonsrat Martin Hübscher (Fraktionspräsident) sowie der Parteisekretär.

Die Delegierten wählten die neue Parteileitung mit 242 JA- zu 45 NEIN-Stimmen und 57 Enthaltungen. Dem zurücktretenden Parteipräsidenten, Kantonsrat Konrad Langhart, dankten die Delegierten mit grossem Applaus für seine Arbeit der letzten Jahre.

Der scheidende Präsident Konrad Langhart stellte die Interims-Parteileitung vor. **Fotos: Christian Mettler**

RECHTSSTAATLICH BEDENKLICHE VERFAHRENSMÄNGEL BEI AUSWEISENTZÜGEN

Keine Menschenrechte für Berufschauffeure?

Ein fairer Prozess, basierend auf Unschuldsvermutung und Verteidigungsmöglichkeit ist ein zentrales Menschenrecht. Für Automobilisten und insbesondere Berufschauffeure gilt dies beim automatischen Ausweisentzug nicht.

Martin Bürlimann
alt Gemeinderat SVP
Zürich

Es ist richtig, dass Raser aus dem Verkehr gezogen werden. Wer mit hundert Sachen an einem Kindergarten vorbei brettert, hat die charakterliche Reife nicht, um ein Auto zu lenken. Allerdings gibt es Fälle, in denen der automatische Ausweisentzug völlig unverständlich ist und gravierende Folgen für den Lenker oder die Lenkerin hat, die in keinem Verhältnis zur begangenen Tat steht.

Faktisches Berufsverbot

Für Berufschauffeure entspricht ein Ausweisentzug faktisch einem Berufsverbot. Ohne Berechtigung kann er kein Fahrzeug lenken. Der Arbeitgeber kann ihn als Lagerist oder als Beifahrer beschäftigen, aber nicht mehr als Chauffeur in seinem angestammten Beruf. Ist der Ausweisentzug längerfristig, kann er seinen Angestellten aus betrieblichen Gründen auch bei gutem Willen nicht mehr entlöhnen und muss ihn entlassen. Damit ist die Existenzgrundlage für den Angestellten bedroht; er kann auch bei einer anderen Firma nicht mehr arbeiten. Einem Selbständigen wird seine Lebensgrundlage genommen. Meist ist eine ganze Familie betroffen, die von einem Tag auf den andern ohne Einkommen dasteht. Es sollen keine Vergehen schöngeredet werden, die inakzeptabel sind. Bei Drogen und Alkohol am Steuer ist der Spielraum sehr gering, ebenso bei gravierenden Verkehrsdelikten. Problematisch ist hingegen der Automatismus: Wer jahrelang unfallfrei und bussenfrei fährt und ein einziges mal bei Tageslicht und wenig Verkehr auf einer breiten Strasse eine Dreissigertafel übersehen hat, verliert automatisch sofort den Fahrausweis. Selbst dann, wenn es keinen Unfall gab und niemand gefährdet wurde. Dieser Automatismus, im Rahmen der «Via Sicura» eingeführt, widerspricht nicht nur dem gesunden Menschenverstand, sondern auch fundamentalen juristischen Regeln, den allgemeinen Menschenrechten und dem Völkerrecht.

Unschuldsvermutung verletzt

Ein Treuhänder, der Geld unterschlagen hat, wird bestraft, aber nicht mit einem faktischen Berufsverbot belegt. Vor dem Prozess werden diesem Verdächtigen seine Rechte verlesen und er hat einen Anspruch auf einen Verteidiger. Falls er mittellos ist, hat er Anspruch auf Rechtsvertretung in dem Verfahren. Der Berufschauffeur hat dies alles nicht, ihm wird auf der Stelle sein Ausweis entzogen; ohne Verfahren, ohne Prozess, ohne Urteil. Die Unschuldsvermutung wird hier grob verletzt. In jedem zivilisierten Land muss der Staatsanwalt die Schuld eines Täters beweisen. Bis zum Urteilsspruch des Richters gilt die Unschuldsvermutung. Bei einem automatischen Ausweisentzug muss hingegen der Chauffeur seine Unschuld beweisen. Während dem oft jahrelangen Verfahren darf er nicht mehr arbeiten. Dies ist ein Verstoss gegen die Verhältnismässigkeit. Strafen müssen gemäss Menschenrechtskonvention und Völkerrecht angemessen sein. Wegen einem mittelschweren Delikt darf nicht die Existenz zerstört werden.

Keine Härtefallregel für Einheimische

Was wirklich stossend ist und in der Bevölkerung grossen Unmut auslöst, ist der Umstand, dass es keine Härtefallregel gibt. Bei der Volksabstimmung zur Durchsetzungsinitiative war dies das wichtigste Argument der Gegner: bei kriminellen Ausländern muss jeder Einzelfall separat angeschaut werden. Besteht ein Härtefall, darf kein Automatismus angewendet werden. Grundlage dieser Argumente waren im Abstimmungskampf ausdrücklich das Völkerrecht und die Erklärung der Menschenrechte der UNO. Vollkommen unverständlich ist es nun, dass es für Einheimische keine Härtefallregel gibt – und dies bei Einzeldelikten von nicht vorbestraften Tätern unter Missachtung anerkannter Verfahrensregeln und Einsatz von unverhältnismässigen Strafen. Der stossende Sachverhalt, dass Berufschauffeure ohne rechtsstaatliches Verfahren ihre Existenz verlieren, muss endlich beseitigt werden. In den fünf Jahren seit Inkrafttreten von «Via Sicura» bis Ende 2017 wurden 1589 Personen wegen des Rasertatbestands verurteilt. Das Parlament verlangte kürzlich eine Anpassung des Gesetzes, damit Richter mehr Ermessensspielraum erhalten, wenn sie Raserfälle beurteilen. Voraussichtlich Mitte 2019 wird die Vernehmlassung eröffnet.

Wer ein einziges Mal eine Dreissigertafel übersieht und geblitzt wird, verliert automatisch sofort den Fahrausweis. Für einen Chauffeur hat dies schwerwiegende Folgen.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

LESERBRIEF

Rahmenabkommen – Treiben uns die Wirtschaftsprofiteure in den Ruin?

Der «eingeschweizerte» deutsche Roche-Verwaltungsratspräsident Christoph Franz und sein CEO, der gebürtige Österreicher Severin Schwan, überbieten sich fast täglich mit neuen Drohkulissen wie Gewinneinbrüche, Arbeitsplatzabbau oder Verlagerung der Produktion ins nahe Ausland. Sie können sich gegenseitig schlicht die Angstszenarien von 1992 abschreiben. Ihre Prophezeiungen haben sich ins Gegenteil verkehrt. Das Wohlstandsniveau der Schweiz ist erheblich über jenem der EU. Und mit einer Angleichung nach unten soll nun unser Wohlstand gerettet werden? Mit Verlaub: Belieben diese Herren zu scherzen oder sind sie einem akuten Anfall von Schizophrenie erlegen? Wirtschaftlicher Erfolg ist nur möglich in einer freien, selbstbestimmenden und souveränen Schweiz!

Mit vereinten Kräften suchen die Wirtschaftsverbände, zusammen mit FDP, SRF, NZZ, Tamedia und Ringier das Steuer herumzureissen, eine wahrlich geballte Ladung an finanzieller und publizistischer Macht! Aus dem Hintergrund agieren an führender Stelle Manipulatoren wie ein Walter Kielholz, Hans Hess oder der in Deutschland aufgewachsene NZZ Chefredaktor Eric Gujer. Dass bei diesen Leuten nicht alles Gold ist, was glänzt, sei an einem Auszug aus Wikipedia über Walter Kielholz aufgezeigt: «Kielholz gilt als Strippenzieher in der Zürcher Finanzwirtschaft und bei den Wirtschaftsfreisinnigen in Zürich. Nachdem die von Kielholz geführten Finanzkonzerne im Zuge der Finanzkrise ab 2007 schwere Verluste erlitten hatten, wurde seine Position in Frage gestellt. Unter seiner Führung erlitten sowohl der Aktienkurs der Credit Suisse wie auch der Swiss Re massive Verluste». Hans Hess ist der Nachfolger von Alt-Bundesrat Schneider-Ammann als Präsident von Swissmem, der Vereinigung der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Er ist ein sogenannter Berufsverwaltungsrat ohne eigentliche Exekutiverfahrung. Dank FDP-Seilschaften und Obrigkeitshörigkeit wurde er an die Oberfläche geschwemmt, ohne je selbst einen Bleistift verkauft zu haben. Ist eine Mehrheit des Schweizervolkes tatsächlich gewillt, sich von solchen globalen Wirtschaftsprofiteuren nicht nur wichtige Unternehmen in den Beinahe-Ruin treiben zu lassen, sondern auch noch unsere Freiheit, Souveränität und Eigenstaatlichkeit gegen die Wand zu fahren? Sollten wir künftig von unserem seit 1848 etablierten verfassungsmässigen Stimmrecht Gebrauch machen und die Frechheit haben, der Befehlsausgabe der Brüsseler Zentrale keine Folge zu leisten, können wir wie ungehorsame Untertanen von der EU abgestraft werden! «Dies würde einem von oben verschriebenen Selbstmord unserer direkten Demokratie entsprechen!» (Roger Köppel).

Robert Nieth, Walchwil

Erneuerte Bezirkspartei Pfäffikon

svp. Anlässlich der Delegiertenversammlung der SVP des Bezirks Pfäffikon in Fehraltorf haben die Delegierten unter der Leitung von Paul von Euw ihre abtretenden Behördenmitglieder verabschiedet. Es sind dies alt Bezirksrichter Toni Artho, Saland und die noch bis Ende April 2019 amtierenden Kantonsräte Reinhard Fürst, Ottikon und Hans-Heiri Raths, Pfäffikon. Mit einem herzlichen Applaus wurde das abtretende Vorstandsmitglied Kurt Wehrli, Illnau-Effretikon aus dem Vorstand verabschiedet. Für ihn folgt Erwin Krauer, Russikon. Ebenfalls wurde Sabrina Burgherr, Pfäffikon als weiteres Mitglied in den Vorstand gewählt.

LESERBRIEF

Grüner Lotto-Sechser

Und was denkt das SVP-Fussvolk zur ganzen Sache? Dass sich eine Klimaveränderung abzeichnet, kann kaum bestritten werden. Alles, was darüber geht, ist aber Hypothese und Spekulation; die Ursachen stehen nicht eindeutig fest. Die ganze Thunberg-Hype mutet eher peinlich an, gut inszeniert und zufällig im richtigen Moment vor den zürcherischen Wahlen. Das kam natürlich für die Grünen einem Lotto-Sechser gleich; Glück gehabt! An einer Langzeitwirkung ist allerdings zu zweifeln.

Sobald deutlich wird, welche persönlichen Einschränkungen ein richtiger Klimakampf für den Einzelnen zur Folge haben würde, dürfte die Begeisterung für grün deutlich nachlassen. Man denke z.B. nur schon an den auch meines Erachtens überbordenden Flugverkehr: werden nun die Jungen tatsächlich auf das Fliegen verzichten, sie, die doch so gerne in die entlegensten Winkel irgendwo auf der Erde jetten? Wer's glaubt, zahlt einen Batzen. Und noch etwas muss gesagt sein: die Führung der Zürcher SVP hat nicht versagt. Jede andere Crew wäre vom grünen «Lotto-Sechser˚ genauso überrascht worden und hätte ebenfalls kaum dagegen halten können.

Hans-Peter Köhli, Zürich

INTERVIEW MIT ROGER KÖPPEL

«Eitle Spasspolitik finde ich peinlich»

Roger Köppel, der frisch gekürte Ständeratskandidat der Zürcher SVP, attackiert die Amtsinhaber Ruedi Noser und Daniel Jositsch und will mit dem Klimathema mobilisieren.

Die SVP hat herbe Verluste eingefahren. Als Ständeratskandidat sind Sie das Zugpferd für die Wahlen im Herbst. Wie wollen Sie das Feuer wieder entfachen, Herr Köppel?
Die SVP muss angreifen. Und zwar mit den Themen, die wichtig sind: die Entmündigung des Bürgers durch das EU-Rahmenabkommen, die steigenden Belastungen des Mittelstands und die rot-grüne Umweltdiktatur, die man aufziehen will. Dieses Thema haben wir brutal unterschätzt. Auch ich. Da haben wir bei den Wahlen richtiggehend einen Eiskübel über den Kopf geleert bekommen. Kalte Duschen aber machen wach.

Sie nennen als Erstes das Rahmenabkommen. Ist das nicht viel zu «verkopft», wie der abtretende Parteipräsident Langhart kritisiert hat? Das beschäftigt die meisten Menschen wenig.
Das ist die ganz grosse Gefahr. Alle anderen Parteien wollen die EU als Gesetzgeber in der Schweiz installieren. Fremde Richter mit einem Pseudoschiedsgericht für die Galerie. Sind wir eigentlich verrückt geworden? Die EU könnte uns ihre Mehrwertsteuern aufzwingen, in die Kantone durchregieren und den Stimmbürger entmachten. Hier geht es ans Eingemachte: «Wer macht künftig unsere Gesetze?»

Sie sind ein hervorragender Redner, aber als Intellektueller und Journalist nicht allzu nahe an der Basis. Wie bringen Sie die Themen zu den Bauern und Gewerblern, den klassischen SVP-Wählern?
Diese Frage stelle ich mir gar nicht. Ich versuche einfach, das so rüberzubringen, dass es verständlich ist. Wenn die anderen Parteien das EU-Abkommen schönreden, sage ich deutsch und deutlich, dass sie damit die Demokratie beerdigen.

In den letzten Tagen hatte man wieder einmal den Eindruck, Christoph Blocher ziehe bei der SVP im Hintergrund alle Fäden. Wann kommt die Zeit, den Übervater abzulösen?
Ich bin gegen Altersdiskriminierung. Christoph Blocher ist eine Jahrhundertfigur, das kann man ohne übertriebene Verehrung sagen. Er ist jemand, der in solchen Situationen seine Hilfe und Erfahrung anbietet, und die Lösung, die sein Team vorschlug, ist demokratisch beschlossen worden.

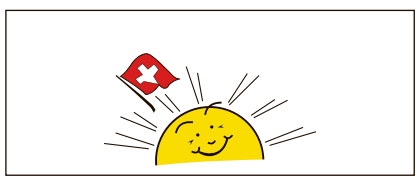
Haben Sie denn auch Ihre Kandidatur, mit der Sie im Januar die eigene Parteileitung überraschten, vorab mit Blocher abgesprochen?
Nein. Das haben Journalisten behauptet. Ich habe die Ständeratskandidatur Ende 2018 ins Auge gefasst, weil wir in Zürich zwei Ständeräte haben, die in entscheidenden Fragen in die gleiche falsche Richtung laufen. Sie wollen die Schweiz der EU unterwerfen, und sie machen mit bei dieser rot-grünen Klimakolchose, die das Gewerbe zerstört und den Mittelstand ausplündert.

Sehen Sie die von Menschen gemachte Klimaerwärmung nicht als Problem an?
Viel gefährlicher ist der Missbrauch des Klimawandels durch die rot-grünen Planwirtschafter. Sie wollen ihre marxistischen Leichen aus der Gruft holen und alles diktieren: von der Glühbirne über das Essen, die Fortbewegung und das Wohnen. Diese Leute wollen zurück ins Mittelalter, als nur Reiche und Könige herumreisen konnten. Acht Millionen Schweizer sollen das Weltklima beeinflussen können? Das ist Anmassung, ein Machtrausch. Ich bin nicht gegen Umweltschutz, aber ich bin gegen diese zerstörerische Politik. Ein Skandal ist, dass unsere Lehrer ihre Schüler an diese politisch ferngesteuerten Klimademonstrationen schleppen.

Es gibt auch Kinder und Jugendliche, die aus eigenem Antrieb demonstrieren.
Natürlich gibt es die. Aber die Schulen haben einen Auftrag: Aufklärung, nicht Indoktrination. Man soll Umweltprobleme behandeln, aber bitte im Klassenzimmer, mit Rede und Gegenrede. Es ist politischer Missbrauch, diese jungen Menschen an aufpeitschenden Massenversammlungen aufzuwühlen. Ich finde es auch übel, wie dieses arme Mädchen aus Schweden von den linken Klimaideologen instrumentalisiert wird.

Auch Sie springen jetzt auf das Kernthema der Grünparteien auf. Ist das eine kluge Wahlkampfstrategie?
Ja. Die SVP steht für den Mittelstand. Wir sind für die Werktätigen dieses Landes und bekämpfen die Gefahren, die auf sie zukommen. Die Umweltdiktatur ist eine Bedrohung des sozialen Friedens. Schauen Sie mal nach Frankreich. Was war der Auslöser für die Bewegung der «gilets jaunes»? Man wollte das Benzin verteuern. Das trifft die ärmeren Schichten natürlich viel härter. Während die Politiker in Paris selbstverständlich auf Staatsspesen in ihre Teslas steigen.

Was sagen Sie einem Bauern, der besorgt ist, weil er den Klimawandel auf seinen Feldern spürt?
Ihm sage ich: Deinen Feldern helfen wir nicht, wenn wir das Autofahren verbieten und für die Schweizer Energieversorgung auf Windräder setzen. Diese rot-grüne Umweltpolitik ist eine gigantische Geldmaschine auf Kosten des Mittelstands. Dem Klima bringt sie nichts, aber vielen Politikern im Speckgürtel, die sich bedienen. Leider machen viele Bürgerliche mit.



Früher war die SVP eine Partei der Wirtschaft. Heute setzen Sie mit Ihrem Kampf gegen Rahmenabkommen und mit der Kündigungsinitiative den grenzüberschreitenden Handel aufs Spiel. Die Wirtschaft vertreten Sie nicht mehr.
Das behauptet die NZZ. Die SVP steht für das Erfolgsmodell Schweiz, für die Grundlage unseres Wohlstands: Die Schweiz ist die erfolgreichste Selbsthilfeorganisation der Welt. Wir pflegen unseren Garten selber. Der Staat nimmt dir nicht auf Vorrat die Lebenslasten ab. Wenn wir diese Selbstbestimmung an die EU abgeben, geht der Wohlstand flöten.

Sie blenden einen zentralen Erfolgsfaktor der Schweiz aus: den Export, den grenzüberschreitenden Handel.
Wir exportieren seit 700 Jahren. Seit Hunderten von Jahren schliessen wir Verträge ab mit anderen Ländern. Aber das sind Verträge zwischen gleichberechtigten Partnern auf Augenhöhe. Das will die EU nicht. Sie will herrschen, befehlen, uns ihre Regeln aufzwingen, wie ein Imperium. Die Schweizer Wirtschaft aber geht kaputt, wenn wir uns einem fremden Gesetzgeber unterstellen. Die Konzerne, die heute am lautesten die Anbindung fordern, werden die ersten sein, die gehen.

Kommen wir zum anlaufenden Ständeratswahlkampf.
Wir haben bis jetzt über nichts anderes gesprochen.

Mit Daniel Jositsch (sp.) und Ruedi Noser (fdp.) haben Sie zwei übermächtige Konkurrenten. Dass Bisherige abgewählt werden, kommt praktisch nie vor. Wie wollen Sie das «Zürcher Dream-Team», wie es auch schon genannt wurde, schlagen?
Erstens: angreifen und einstecken. Zweitens: Themen vor Pöstchen. Noser und Jositsch sind typische Pöstchenpolitiker, wendehälsig, geländegängig. Politisch sind sie ein Herz und eine Seele. Sie wollen die Schweiz der EU unterstellen. Sie sind für die rot-grüne Umweltpolitik. Noser unterstützt die Gletscherinitiative und ist für diesen Innovationspark in Dübendorf, der Staat und Wirtschaft antiliberal vermischt. Ist das noch Freisinn? Jositsch steht vor allem für sich selber, ein Virtuose des Stimmenfangs ohne Bindung ans SP-Programm. Das ist politische Egozentrik, eine Art Etikettenschwindel. Die beiden Amtsinhaber verkörpern für den Kanton Zürich vom Falschen zu viel und vor allem zweimal das Gleiche. Ich stehe für das andere, das EU-kritische, bürgerliche Zürich, das seine Lebensgestaltung nicht an Balthasar Glättli oder Greta Thunberg abgeben will.

Man könnte auch sagen, die beiden Bisherigen sind perfekte Ständeräte, die manchmal im Sinne einer guten Lösung von der Parteilinie abweichen. Sie hingegen passen mit Ihrer radikalen Haltung schlecht in die ehrwürdige «chambre de réflexion».
Ich bin doch ein hochreflektierter Mensch, wie auch dieses Interview beweisen sollte. Ich finde es gut, wenn dort, wo SP draufsteht, auch SP drin ist, wenn ich weiss, wofür einer steht. Losgelöste Politiker sind Zeitgeistsurfer.

Was haben Sie eigentlich gegen den Innovationspark in Dübendorf?
Das ist eine Soft-Kolchose, die Staat und Wirtschaft unheilvoll vermischt. Hat man denn aus dem Swissair-Debakel gar nichts gelernt? Innovationen müssen im privaten Sektor, im Gewerbe, in den Unternehmen passieren. Der Staat hat sich rauszuhalten. Die DDR-Automarke Trabant war das Resultat staatlicher Innovationskraft. Bitte nicht. Ein Freisinniger, der dabei mitmacht, ist für mich ein Scheinfreisinniger. Das sehen auch viele Freisinnige, die ich kenne, so.

Sie werfen Herrn Jositsch vor, er vertrete nur sich selber. Der Vorwurf trifft doch eher Sie. Sie touren durchs Land mit Vorträgen, haben eine eigene Videoshow, führen nebenbei eine Zeitung. Der wahre Ego-Politiker sind doch Sie.
Das sehe ich anders. Ich bin kein Ämtlipolitiker, ich bin ein Themenpolitiker. Als international erfahrener Chefredaktor, der in die Politik und erst noch in die SVP einsteigt, gehe ich den anstrengenden Weg.

Ich spreche auch die unbequemen Themen ausserhalb der Parfümwolke des Mainstreams an. Bundesrätinnen verlassen meinetwegen den Saal, weil sie keine besseren Argumente haben. Meinem Ego ginge es sicher besser, wenn ich auch im Mainstream mitschwimmen würde.

Sie erhalten auch begeistertes Lob, zum Teil aus ganz zwielichtigen Ecken, die Ihnen nicht genehm sein dürften – etwa von Klimaleugnern und Rassisten.
Das sagen Sie. Ich kenne diese Leute nicht. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn man einem vorwirft, er habe ein schlechtes Publikum. Und selbst wenn ein Spinner meine Texte gut findet, was kann ich dafür? Ich bringe die andere Sicht in den Herdenbetrieb der Politik ein. Noser und Jositsch verkörpern Meinungseinfalt in den wichtigsten Themen. Ich bringe die Vielfalt. Wir sind nicht in der Politik, um uns gegenseitig Fusszonenreflexmassagen zu verteilen und ständig auf die Schulter zu klopfen.

Dann müssten Sie Ihre andere Sicht künftig aber auch wirklich im Ständerat einbringen. Bisher glänzten Sie im Nationalrat ja vor allem durch Abwesenheit. Sie haben eine der tiefsten Anwesenheitsquoten aller Parlamentarier.
Ich bin ein überzeugter Milizpolitiker und kein Apparatschik. Ich lebe nicht von der Politik; das ist eine grosse Stärke. Ich finde diese Strichlisten und die Präsenzkontrolle peinlich. Unternehmer wie Blocher oder Schneider-Ammann waren auch nicht immer in Bern. Und Sie würden mir sicher zustimmen, dass es beide trotzdem zu etwas gebracht haben.

Die Arbeitslast im Ständerat wird aber noch einmal deutlich höher sein. Da müssten Sie woanders kürzertreten.
Selbstverständlich. Aber über dies mache ich mir Gedanken, wenn es so weit ist. Vertrauen Sie in meine Fähigkeiten der Selbstorganisation im Zusammenspiel mit Familie und Firma.

Chefredaktor der «Weltwoche» könnten Sie dann kaum noch sein.
Diesen Gefallen mache ich meinen Konkurrenten nicht. Aber klar, wenn sie überfordert sind, müssen sie irgendwo kürzertreten. Momentan fühle ich mich pudelwohl.

Als Ständerat wären Sie in erster Linie der Vertreter des Kantons Zürich – und nicht der SVP. Würden Sie zum Beispiel für wichtige Zürcher Infrastrukturprojekte wie den Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen in Bern kämpfen?
Die SVP ist die grösste Partei im Kanton Zürich. Insofern wäre es richtig, wenn diese Haltung von einem der beiden Zürcher Ständeräte vertreten würde, etwa die Skepsis gegenüber der EU oder der kühle Kopf in der Umweltpolitik. In Bern braucht es keinen weiteren Kopfnicker. Die Aufgabe eines Ständerats Köppel wäre es, das Richtige zu tun – und nicht einfach nachzubeten, was andere Kantonsvertreter sagen.

Ihre Konkurrenten Noser und Jositsch wurden kürzlich in der Presse als «Rolling Stones» des Politikbetriebs dargestellt. Wie ziehen Sie musikalisch in den Wahlkampf?
Noser und Jositsch verbreiten Partystimmung und sehen sich wohl schon von Groupies umjubelt auf der Letzigrund-Bühne.

Ich finde diese eitle Spasspolitik peinlich. Da finden sich zwei offenbar die Grössten. Wir werden sehen. Diesen Tanz ums eigene Ego werde ich stören. Der Kanton Zürich braucht nicht zwei Ständeräte, die sich für Rockstars halten, er braucht mehr bürgerliche Nüchternheit.

Das Gespräch führten Irène Troxler und Daniel Fritzsche, Erstveröffentlichung in der NZZ

«Die Umweltdiktatur ist eine Bedrohung des sozialen Friedens.» Dies sagt Ständeratskandidat Roger Köppel im Interview mit der NZZ. **Foto: Christian Mettler**

Fadegrad

von
Nina Fehr Düsel

Stockender Verkehr

Natürlich ist auch der öffentliche Verkehr zu stärken, aber es braucht ein Nebeneinander aller Verkehrsträger. Der Motorisierte Individualverkehr ist der bedeutendste Bestandteil einer gut funktionierenden Volkswirtschaft. Verkehrsberuhigende Massnahmen und das Verschwinden von Parkplätzen sind in Zürich fast an der Tagesordnung: Man kommt per Auto an den Stadtrand von Zürich und hat durch die Innenstadt dann eine halbe Stunde oder Stunde, weil alles stockt und staut. Die Parkplatzsuche ist ebenfalls kein einfaches Unterfangen und man bezahlt für 2 Stunden parken bereits 7.50 CHF.
So ist auch im Kantonsrat das Verhindern von weiteren Verkehrsbeschränkungen oft ein Thema. Viele Gewerbebetriebe und Aussendienstmitarbeiter sind beruflich auf einen gut funktionierenden, motorisierten Strassenverkehr angewiesen. Insbesondere die steigenden Staustunden verursachen für die betroffenen KMU erhebliche Mehrkosten.
Leider herrscht derzeit auch im Bezirk Meilen in Küsnacht ein grosses Verkehrschaos. Wegen einer Sanierung eines sehr kleinen Stückes der Seestrasse ist der Verkehr Richtung Zürich bis Ende November gesperrt und die Umleitungen durch die Quartierstrassen verärgern die Anwohner, die vielen Kindergarten- und Schulkinder, sowie alle Autofahrer, die nur noch stockend vorwärts kommen. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso diese kleine Sanierung 8 Monate lang dauert.
Eine weitere grosse Herausforderung wird die Baustelle am Balgrist mit Umzug des Kinderspitales sein, was zu einem Verkehrskollaps führen wird. Ausserdem die Sanierung der stark frequentierten Bellerive Strasse Richtung Bellevue. Dies sind alles sehr wichtige Hauptstrassen.
Hinzu kommen zahlreiche weitere Schikanen im Strassenverkehr, wie Spurabbau und Temporeduktionen, die Ausweitung von Radarkontrollen und die Umwandlung von Parkverboten in Halteverbote. Leider haben wir nun auch keine bürgerliche Mehrheit mehr im Kantonsrat. Hier gilt es dran zu bleiben und Allianzen zu bilden. Die Verflüssigung des Verkehrs wird im Rat noch oft ein Thema sein. Man erinnere sich noch an die Anti-Stauinitiative, welche leider vom Volk abgelehnt wurde. Schauen wir nach vorne und bleiben wir dran. Die gute Zusammenarbeit der Bürgerlichen ist wichtig für den Erfolg einer freiheitlichen Politik im Kanton Zürich. Es gilt den Wirtschaftsstandort Zürich zu stärken und nicht zu schwächen. Auch die Anwohner der Quartiere danken es uns, wenn die Hauptverkehrsachsen funktionieren.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Denn sie wissen nicht, was die anderen tun

Offenbar hat der nach den Wahlen 2018 neu konstituierte Stadtrat noch immer Startschwierigkeiten. Der eine weiss nicht, was der andere tut. Und die linken Gemeinderäte sind nicht mehr nur mit den bürgerlichen Stadträten unzufrieden, sondern auch mit den Eigenen. Die Luft der Linksgrünen ist wohl etwas verpufft, die anfänglich übereifrige Euphorie ist wieder auf dem Boden der Tatsachen gelandet.

Stephan Iten
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Während der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements seine Ablehnung von Lärmmessungen auf kommunalen und überkommunalen Strassen begründen muss, prescht die Sicherheitsvorsteherin vor: Die Stadt und Kanton Zürich wollen ein Monitoring zur Wirkung von Tempo 30 auf überkommunalen Strassen durchführen. Dies könnte wenigstens einmal ein Schritt in die richtige Richtung sein. Doch die Auswirkungen sollten auch auf den kommunalen Strassen geprüft werden. Zurzeit hat es im Stadtrat also mehr Sand als Öl im Getriebe.

Vor genau einem Jahr reichte die SVP eine Motion ein, die den Stadtrat beauftragen soll, bei Temporeduktionen mit der Begründung der Lärmschutzmassnahme auf kommunalen und überkommunalen Strassenabschnitten physische Lärmmessungen durch eine unabhängige Stelle vor und nach Inkraftsetzung der Massnahme vorzunehmen.

Bis auf den letzten Tag

Die sechs Monate für die Beantwortung der Ablehnung nützte der neue Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements natürlich bis auf den letzten Tag aus. Stadtrat Hauri begründete diese damit, dass die Motionsfähigkeit dieses Vorstossen nicht gegeben sei, da Lärmmessungen in die Kompetenz des Stadtrates fallen. Auch Verfügungen oder Aufhebungen von Geschwindigkeitsreduktionen würden in die Kompetenz des Stadtrates fallen. Denkwürdig dabei aber ist, dass sämtliche Vorstösse linker Gemeinderäte, welche fordern, dass Strassenabschnitte neu in Begegnungszonen oder Tempo 30-Strecken abklassiert werden sollen, vom Stadtrat ausnahmslos entgegengenommen werden.

Auch begründet der Stadtrat seine Ablehnung damit, dass kein Verpflichtungskredit benötigt werde. In der gleichen Antwort beanstandet der gleiche Stadtrat aber, dass für eine Lärmmessung pro Standort ca. 10 000 bis 30 000 Franken je nach Komplexität der Situation zu rechnen sei. Bei diesen Beträgen wäre der Vorstoss somit absolut motionabel. 100 Strassenabschnitte ą 20 000 Franken würden bereits den für eine Motion nötigen Betrag von 2 Millionen Franken ergeben. Ein Betrag, welcher durchaus in die Kompetenz des Gemeinderates fällt. Weiter meint der Stadtrat, seien diese Forderungen nicht sinnvoll und würden dem «haushälterischen» Umgang mit Ressourcen zuwiderlaufen. Wenn wir solche Worte doch auch nur einmal bei Erhöhungen von Kunst- und Kulturbeiträgen, welche notabene alle 4 Jahre erhöht werden, hören würden. Über Sinn oder Unsinn sowie über haushälterischen Umgang mit Ressourcen, darüber lässt sich bekanntlich diskutieren. Nur sollte diese Diskussion ausgewogen und nicht ideologisch geführt werden.

Auf einem Auge blind

Eine Umwandlung in ein Postulat lehnt der Stadtrat ebenfalls ab, mit der Begründung, dass die Temporeduktion eine der möglichen sowie eine kostengünstige Möglichkeit sei, den Strassenlärm zu reduzieren. Eben: eine der möglichen Massnahmen. Nirgends in der Verordnung steht, dass dort, wo zum Beispiel Lärmschutzfenster durch den Staat als Lärmschutzmassnahme installiert wurden, zusätzlich Tempo 30 eingeführt werden muss. Die Lärmschutzverordnung sieht nämlich nur vor, dass dort, wo Tempo 30 als Lärmschutzmassnahme nicht ausreicht, Lärmschutzfenster montiert werden müssen. Es steht nirgends, dass dort, wo diese installiert wurden, weiterhin die Massnahme an der Quelle gilt. Dabei plant die Stadt, in den nächsten 5 Jahren Lärmschutzfenster im Wert von über 20 Millionen Franken zu investieren. Auf Kosten des Steuerzahlers natürlich. Und trotzdem werden unaufhaltsam Temporeduktionen vorgenommen.

Auch die Begründung der eidgenössischen Lärmberechnung lässt uns zweifeln, da die Faktoren für diese Berechnungen vor 30 Jahren festgelegt wurden. Inzwischen hat sich aber einiges geändert: Motoren und Reifen sind um einiges leiser geworden, Deckbeläge sind leiser geworden (als jene, die noch vor 30 Jahren eingelegt wurden). Die Elektrofahrzeuge, welche immer mehr im Aufkommen sind, hört man gar nicht mehr. Das einzige was lauter wurde, ist der ÖV. Und das wird auch von Niemandem in Frage gestellt. Und trotzdem wird dieser den Berechnungen der Stadt natürlich nicht miteinbezogen. Diesel-Busse werden durch Temporeduktionen nicht leiser und das Tram, das auf eigenem Trasse fährt, darf selbstverständlich weiterhin mit der bisherigen Geschwindigkeit weiterfahren. Die Berechnungen können in der Stadt Zürich wegen dem ausgeprägten öffentlichen Verkehrsnetz nicht angewendet werden.

Angst vor der Wahrheit

Und genau aus diesem Grund fordern wir Messungen und keine Temporeduktionen, aufgrund Berechnungsgrundlagen welche vor 30 Jahren festgelegt wurden. Es bringt nämlich nichts, wenn der motorisierte Individualverkehr aus Lärmschutzgründen verlangsamt wird, während der wirklich laute ÖV weiterhin ohne Massnahmen durch die Stadt donnern darf. Selbstverständlich sollen diese Messungen durch eine unabhängige Stelle vorgenommen werden, denn: «traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast».

Es ist klar, dass die Linken, speziell die Grünen, keine solche Lärmmessungen wollen. Zitat: «es gäbe nun schon genug Studien über die Lärmverbesserung durch Temporeduktionen». Eigentlich könnte man nun so beweisen, dass die Studien der Grünen Hand und Fuss haben und korrekt sind. Oder haben sie doch Angst, dass diese so genannten Studien doch nicht ganz der Wahrheit entsprechen? Man liest und glaubt natürlich nur jenen Studien, die einem gerade in den Kram passen! Man vertraut den selbst erstellten Studien lieber als den Fakten.

Liebe Winterthurerinnen und Winterthurer

Unterschreiben Sie die Volksinitiative «Keine teuren Extras bei Sozialkosten und Asylfürsorge!»

Die Initiative sorgt dafür, dass
- vorläufig aufgenommene Ausländer mit negativem Asylentscheid endlich nicht mehr Geld bekommen wie unsere AHV-Rentnerinnen und Rentner!
- unsere Sozialleistungen nicht noch mehr derart ausgebaut werden, sodass sich Arbeiten nicht mehr lohnt!
- nicht immer noch mehr Sozialhilfebezüger in unsere Stadt kommen!
- unsere Steuergelder für die Winterthurer Bevölkerung verwendet werden!

Informationen und Unterschriftenbogen: www.svp-winterthur.ch

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 19. Mai 2019

Vorlagen Stadt Zürich

1. Neue kommunale Wohnsiedlung Leutschenbach, Quartier Seebach, Objektkredit von 213,205 Millionen Franken	NEIN
2. Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei, Quartier Enge, Objektkredit von 20,97 Millionen Franken	JA
3. Neubau Schulanlage Freilager mit Energiezentrale, Quartier Albisrieden, Objektkredit von 63,3 Millionen Franken	JA

SVP WINTERTHUR

Kostensteigerung bei Bildung, Gesundheit und Soziales geht weiter

Die SVP Winterthur blickt mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf die Jahresrechnung 2018.

svp. Dass der budgetierte Einnahmenüberschuss um 21.1 Millionen Franken übertroffen worden ist, ist eine gute Nachricht. Die Nachhaltigkeit dieser höheren Erträge ist jedoch fraglich. Insbesondere betreffend die höheren Grundstückgewinnsteuern dürfte es sich in erster Linie um Einmaleffekte handeln im Zusammenhang mit der Aufarbeitung pendenter Geschäftsfälle. Negativ ist festzuhalten, dass die Steuereinnahmen von juristischen Personen markant gesunken sind; offenbar gelingt es dem Stadtrat nicht, neue Unternehmen anzusiedeln, was eines seiner erklärten Legislaturziele ist. Ebenfalls negativ festzuhalten ist, dass auf der Kostenseite der jährliche Aufwand ungebrochen und überproportional steigt auf mittlerweile 1.642 Milliarden Franken.

Mehr Kostendisziplin gefordert

Dass die Nettoverschuldung – insbesondere auch wegen des Niedrigzinsumfeldes – zum zweiten Mal in Folge abgebaut werden konnte, nehmen wir ebenfalls positiv zur Kenntnis.

Dies ändert jedoch nichts am Umstand, dass die Schuldenlast mit 1.2 Milliarden Franken nach wie vor rekordhoch ist. Ebenfalls ungebrochen bleibt der Trend zur Kostensteigerung im Bereich Bildung, Gesundheit und Soziales. Namentlich im Sozialbereich findet der Stadtrat immer noch keine Lösung, um die weiterhin steigenden Kosten einzudämmen.

Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass die Unterstützungsdauer massiv zugenommen hat.Der Personalaufbau im Sozialamt bringt offensichtlich nicht den gewünschten Effekt. Mit der von der SVP lancierten Initiative «Keine teuren Extras bei Sozialkosten und Asylfürsorge» soll der Stadtrat endlich zu mehr Kostendisziplin im Sozialbereich verpflichtet werden.

BESCHWERDEN ABGEWIESEN

Volksabstimmung Areal Hardturm rechtskräftig

Die Volksabstimmung vom 25. November 2018 zum geplanten Fussballstadion, zu gemeinnützigen Wohnungen und zu zwei Hochhäusern auf dem Areal Hardturm ist rechtskräftig. Der Entscheid des Verwaltungsgerichts, das die Beschwerde gegen die Abstimmungsvorlage abgewiesen hatte, wurde nicht ans Bundesgericht weitergezogen.

dd. Die Zürcher Stimmbevölkerung hat sich am 25. November 2018 mit 53,8 Prozent für das Projekt «Ensemble» ausgesprochen und damit für den Bau eines Fussballstadions für 18 000 Fans, für 174 Genossenschaftswohnungen der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich sowie rund 600 Wohnungen in zwei Hochhäusern der Anlagestiftungen der Credit Suisse. Zurzeit wird der private Gestaltungsplan zuhanden des Stadtrats und des Gemeinderats ausgearbeitet.

Gegen die Abstimmungsvorlage wurde ein Stimmrechtsrekurs erhoben, den der Bezirksrat vollumfänglich abgewiesen hat. Die Rekurrierenden haben den Beschluss des Bezirksrats ans Verwaltungsgericht weitergezogen. Das Verwaltungsgericht hat die Beschwerde ebenfalls abgewiesen, soweit es überhaupt auf die Beschwerde eingetreten ist. Mit diesem Entscheid hat das Verwaltungsgericht bestätigt, dass in der Abstimmungsvorlage der Stadt Zürich keine erheblichen Unregelmässigkeiten vorliegen, die eine entscheidende Beeinflussung des Abstimmungsergebnisses als möglich erscheinen lassen. Gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts wurde beim Bundesgericht kein Rechtsmittel eingelegt. Somit ist die Volksabstimmung zum Areal Hardturm rechtskräftig.

Ihr Immobilientraum?

5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus
8127 Forch-Küsnacht, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'395'200.-, Bezug nach Vereinbarung
www.ufdeforch.ch
Sorry, es sind leider alle Einheiten verkauft!

3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 Männedorf, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'500.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch

4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8413 Neftenbach, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch

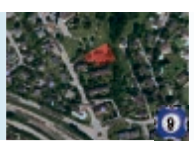
4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH
8332 Rumlikon, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab 880'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.grueens-doerfli.ch

5 ½ Zi. Maisonette-Eigentumswohnungen
8135 Langnau a. Albis, M. Knecht Tel. 044 804 34 34
Preis 1'765'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.bellesterrasses.ch

5 ½ und 6 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8913 Ottenbach, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch

4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen
8302 Kloten, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis ab 935'000.-, Bezug ab Winter 2020
www.panoramaweg-kloten.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8484 Weisslingen, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab CHF 1'110'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.paradislig.ch


3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8127 Aesch-Maur, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch

5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
8458 Dorf, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch

3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 Wermatswil, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab CHF 1'115'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.leuberg.ch

4 ½ Zi. Attika-Terrassenhaus
8309 Birchwil, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'040'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.mira-birchwil.ch

4 ½ - 6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 Buch am Irchel, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 895'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.wilerbuch.ch

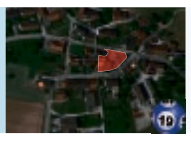
4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 Glattbrugg, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus
8118 Pfaffhausen, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'140'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.luckenholz.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 Rickenbach, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 Dietikon, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab CHF 770'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.duo-dietikon.ch

4 ½ Zi. Eigentumswohnung
8143 Stallikon, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis 950'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.zuerikon.ch


3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 Stadel/Winterthur, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch

4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen
8103 Unterengstringen, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'790'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.sparrenberg.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 Saland, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 495'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.ammuelibach.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?

Melden Sie sich bei unserem Chef
ulrich.koller@lerchpartner.ch oder
per Telefon 052 235 80 00.

Lerch&Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.
YouTube
Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:
Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
5. - 8. Sept. 2019, Messe Zürich, Halle 6
SVIT Immobilien-Messe in Zürich
27. - 29. März 2020, Lake Side Zürich

Stand März 2019

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
Telefon 044 822 26 11

LESERBRIEF

E-Zigaretten gefährden unsere Jugend

Jahrzehntelang wurde behauptet, das Rauchen nicht schädlich sei, bis jedes Päckchen einen Tödlich-Kleber bekam und überall Rauchverbote eingeführt wurden. Wird sich das mit den angeblich «gesünderen» E-Zigaretten wiederholen? Ob Dampfen oder Rauchen, gefährlich ist in erster Linie das Nikotin. Erstens ist es ein starkes Gift: Schon der Nikotingehalt einer Zigarette (12 Mg) bzw. 6 Milligramm kann für ein Kleinkind tödlich sein. E-Zigaretten werden mit Nikotinkonzentrationen bis 36 Milligramm angeboten.

Zweitens macht Nikotin rasch süchtig: Davon kann jeder ein Lied singen, der immer wieder versucht hat, mit dem Rauchen aufzuhören. Die rasche Abhängigkeit wird für unsere Jugendlichen gefährlich, wenn sie aus Neugier E-Zigaretten ausprobieren. Kinderärzte warnen: Je früher Kinder und Jugendliche in Abhängigkeit geraten, desto schwieriger ist ein Entzug. In der Schweiz gibt es beim Verkauf von E-Zigaretten auf Bundesebene zurzeit noch keine rechtlichen Vorgaben zum Jugendschutz (Abgabealter und Werbung sind nicht geregelt). Laut einer neuen Studie von Sucht Schweiz hat jeder Zweite Fünfzehnjährige an mindestens einer E-Zigarette gezogen.

Peter Aebersold, Zürich

POST-DEBAKEL

Nur E-Voting-Moratorium schafft Sicherheit

Die folgenschweren Enthüllungen zeigen endlich Wirkung: Die Schweizerische Post kündigt an, ihr E-Voting-System «befristet auszusetzen». Das Initiativkomitee für ein E-Voting-Moratorium begrüsst, dass bei der Post langsam aber sicher die Einsicht einkehrt, dass ihr System gravierende Fehler enthält. Gleichzeitig kritisieren wir, dass die Missstände weiterhin verharmlost werden und die elektronische Stimmabgabe nicht ganz eingestellt wird.

pd. Dass die Schweizerische Post anerkennt, dass die Integrität von Abstimmungen und Wahlen für sie «oberste Priorität» hat und ihr E-Voting-System deshalb für die eidgenössische Volksabstimmung vom 19. Mai 2019 «aus dem Verkehr» zieht, ist ihr hoch anzurechnen. Es darf aber nicht vergessen werden: Es brauchte gewaltigen Druck und wasserdichte Enthüllungen namhafter Sicherheitsexperten, bis die Post zur Einsicht kam.

Klare Falschaussagen

Etliche brisante Fragen bleiben offen: Wie würde die Post wohl heute kommunizieren, hätte es den Druck aus der IT-Szene und durch die Volksinitiative für ein E-Voting-Moratorium nicht gegeben? Weshalb zieht die Post ihr System vorübergehend zurück, während sie gleichzeitig behauptet, Manipulationen könnten ausgeschlossen werden und es seien im Intrusionstest nur kleinere Fehler («Best Practices») gefunden worden? Die Post wurde nie müde zu beteuern, dass ihre Systeme sicher seien. Jetzt zeigt sich überdeutlich, dass dies klare Falschaussagen waren.

Bloss ein Feigenblatt?

Dass die Post den Intrusionstest unter diesen Umständen als Erfolg verkauft, ist ein Hohn – wurden die gravierenden Fehler doch ausserhalb dieses Tests aufgedeckt. Eine fragwürdige Rolle spielt dabei auch die KPMG, welche das E-Voting-System der Post zertifiziert hatte. Dienten ihre Zertifizierungen bloss als Feigenblatt? Um Transparenz zu schaffen, verlangen wir die Offenlegung der unter Verschluss gehaltenen Zertifizierungsberichte. Eine befristete Aussetzung von E-Voting genügt nicht. Nur ein in der Bundesverfassung verankertes E-Voting-Moratorium würde die Grundlagen schaffen, an einer absolut sicheren E-Voting-Lösung zu forschen. Die Sicherheit der direkten Demokratie muss wieder hergestellt werden.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat/Fraktion
Montag, 15. April 2019, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

Montag, 29. April 2019, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Bienengarten, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen/Meilen
Jeden zweiten Samstag (gerade Kalenderwochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden, Rauchgässli 34, Meilen.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, im Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Zürich/Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, ab 18.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wiedikon, Seebahnstrasse 33, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich.

Eine An- oder Abmeldung an info@svp5.ch ist aus organisatorischen Gründen erwünscht.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Mittwoch, 10. April 2019, 19.30 Uhr, im Gemeindesaal Kappel, Zukunft Gesundheitsversorgung Bezirk Affoltern, Referate, Podium, Diskussion.

Bezirk Dielsdorf/Regensdorf
Mittwoch, 1. Mai 2019, ab 12.00 Uhr, Dorfstrasse 131, Watt, 1. Mai-Feier. Ab 14.00 Uhr Rede von Nationalrat Adrian Amstutz.

Termine 2019

	22. April bis 3. Mai	Frühjahrsferien
	6. bis 10. Mai	Ev. Sondersession
Donnerstag	16. Mai	Büro der Parteileitung
Sonntag	19. Mai	Eidg. und kantonale Volksabstimmung
		Ev. 2. Wahlgang Regierungsratswahlen
Dienstag	21. Mai	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten
Dienstag	21. Mai	Parteileitung / Kantonalvorstand
Dienstag	28. Mai	Kant. Delegiertenversammlung (NR-Liste)
	3. bis 21. Juni	Sommersession
Montag	17. Juni	Fraktionsausflug
Samstag	29. Juni	Eidg. Delegiertenversammlung
	15. Juli bis 16. August	Sommerferien
Mittwoch	21. August	Büro der Parteileitung
Samstag	31. August	Eidg. Delegiertenversammlung
Sonntag	1. September	Kantonale Volksabstimmung
Dienstag	3. September	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten
Dienstag	3. September	Parteileitung / Kantonalvorstand
	9. bis 27. September	Herbstsession
Freitag	13. September	SVP Schiessen (Vorschiessen) in Hombrechtikon
Dienstag	17. September	Kant. Delegiertenversammlung (Mobilisierung)
Fr/Sa/So	20.–22. September	SVP-Schiessen in Hombrechtikon
	7. bis 18. Oktober	Herbstferien
Sonntag	20. Oktober	National- und Ständeratswahlen
Dienstag	22. Oktober	Büro der Parteileitung
Donnerstag	24. Oktober	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten
Donnerstag	24. Oktober	Parteileitung / Kantonalvorstand
Dienstag	29. Oktober	Kant. Delegiertenversammlung (SR-Kandidat, 2. Wg)
Samstag	2. November	Eidg. Delegiertenversammlung
Mittwoch	13. November	Büro der Parteileitung
Sonntag	17. November	Ev. Kantonale Volksabstimmung
		Ev. 2. Wahlgang Ständeratswahlen
Sonntag	24. November	Ev. Eidg. und kantonale Volksabstimmung
		Ev. 2. Wahlgang Ständeratswahlen
	2. bis 20. Dezember	Wintersession
Dienstag	10. Dezember	Büro der Parteileitung
Montag	16. Dezember	Fraktionsessen Kantonsrat

8. 4./Sechseläuten 19. 4./Karfreitag 22. 4./Ostermontag 30. 5./Auffahrt 10. 6./Pfingstmontag 9. 9./Knabenschiessen

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Roland Scheck (rs.), Telefon 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** Zürcher Bauernverband, Marco Calzimiglia, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, inserate@zuercher-bote.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Bezirk Dietikon/Dietikon
Mittwoch, 1. Mai 2019, ab 12.00 Uhr, auf dem Bauernhof Im Basi bei Familie Bräm, Dietikon, 1. Mai-Feier mit Nationalrat Adrian Amstutz.

Bezirk Dietikon/Oberengstringen
Freitag, 12. April 2019, ab 19.00 Uhr, Gemeindezentrum Oberengstringen, Referat zur EU-Waffenrichtlinie.

Bezirk Meilen/Meilen
Montag, 15. April 2019, 20.00 Uhr, Gasthof Löwen, Seestrasse 595, Meilen, Podiumsdiskussion zur Volksabstimmung über die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie. Pro: Nationalrätin Priska Seiler-Graf (SP) und Nationalrat Beat Flach (GLP). Contra: Nationalrat Werner Salzmann (SVP) und Kantonsrat Hans-Peter Amrein (SVP). Im Anschluss wird ein Mineralwasser oder Bier und ein Wienerli mit Bürli offeriert.

Mittwoch, 1. Mai 2019, ab 14.00 Uhr, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 31, Meilen, 1. Mai-Veranstaltung. Ab 14.00 Uhr Kleinkaliberschiessen, ab 16.00 Uhr Rede von Nationalrat Adrian Amstutz mit Verpflegung und Unterhaltung.

Junge SVP Kanton Zürich
Samstag, 13. April 2019, 19.15 Uhr, Joe's Bowlingcenter, Zürcherstrasse 71, Wetzikon, Höck. Preis: 15 Franken inkl. Schuhe und zwei Stunden Bowling. Anmeldung an rudolphi@jsvp-zh.ch.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 27. April 2019, 09.00–11.00 Uhr, Lindenplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 4. Mai 2019, 09.00–11.00 Uhr, Lindenplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 18. Mai 2019, 09.00–11.00 Uhr, Lindenplatz, Zürich, Standaktion.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 20. September 2019 bis Sonntag, 22. September 2019, Hombrechtikon, SVP-Schiessen 2019 (Vorschiessen am Freitag, 13. September 2019). Weitere Informationen folgen.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 28. April 2019, Route noch offen, 1. Ausfahrt.

Sonntag, 26. Mai 2019, Route noch offen, 2. Ausfahrt.

Sonntag, 23. Juni 2019, Route noch offen, 3. Ausfahrt.

Sonntag, 28. Juli 2019, Route noch offen, 4. Ausfahrt.

Sonntag, 15. September 2019, Route noch offen, 5. Ausfahrt.

Sonntag, 6. Oktober 2019, Route noch offen, 6. Ausfahrt.

Schlussfest
Freitag, 25. Oktober 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Sternen, Nürensdorf.

Sommerreise
Donnerstag, 11. Juli 2019 bis Sonntag, 14. Juli 2019, Südtirol Hotel Ludwigshof.

Stämme
Dienstag, 16. April 2019, ab 19.00 Uhr, Golfclub Unterengstringen, 1. Stamm.

Freitag, 10. Mai 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Schützenmatt, Schönenberg, 2. Stamm.

Dienstag, 18. Juni 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Fähre, Zweidlen, 3. Stamm.

Dienstag, 6. August 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Schwyzerhüsli, Horgenberg, 4. Stamm.

Freitag, 30. August 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Stallstube, Maur, 5. Stamm.

Dienstag, 24. September 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Rossberg Winterthur Kempten, 6. Stamm.